

Halbach, Uwe; Smolnik, Franziska

**Research Report**

## Russlands Stellung im Südkaukasus

SWP-Aktuell, No. 1/2014

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Halbach, Uwe; Smolnik, Franziska (2014) : Russlands Stellung im Südkaukasus, SWP-Aktuell, No. 1/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255171>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Russlands Stellung im Südkaukasus

Uwe Halbach / Franziska Smolnik

In seiner Jahresansprache vor der Föderalversammlung am 12. Dezember 2013 betonte Präsident Vladimir Putin, Russland strebe nicht die Rolle einer Hegemonialmacht an, die anderen Staaten ihren Schutz aufdrängt oder sie belehrt. Vielmehr wolle sein Land Vorreiter sein bei der Verteidigung des internationalen Rechts und der Souveränität der Völker. Zuvor hatte Russland allerdings den Vorwurf provoziert, es wolle sein »nahes Ausland« im gemeinsamen Nachbarschaftsraum mit der Europäischen Union von Assoziierungsabkommen und Freihandelszonen mit der EU abbringen und für sein Projekt eurasischer Integration gewinnen. Dafür bediene es sich aller verfügbaren Einflusshebel wie energiewirtschaftlicher sowie handels-, migrations-, konflikt- und sicherheitspolitischer Instrumente. Im Umfeld des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft der EU in Vilnius Ende 2013 stand zwar die Ukraine im Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit. Doch auch der Südkaukasus fällt hier ins Gewicht. Nachdem Armenien und die Ukraine von einem Assoziierungsabkommen mit der EU Abstand genommen haben, ist Georgien nun ein Vorreiter im Prozess der Annäherung an Europa und rechnet mit verstärktem Druck aus Russland. Das wirft die Frage auf, wie stark Russland in dieser Region eigentlich verwurzelt ist – wirtschaftlich, sicherheitspolitisch, historisch und kulturell.

Russlands Beziehungen zum Kaukasus sind von einigen Besonderheiten geprägt, die diese Region von anderen Teilen des postsowjetischen Raums unterscheiden. Das Land tritt hier nicht nur als benachbarte Regionalmacht auf wie etwa gegenüber Zentralasien, sondern ragt mit seinen nordkaukasischen Teilrepubliken in die Region hinein. In der Politik gegenüber seinem »nahen Ausland« im Südkaukasus muss Russland die Situation in seinem eigenen »inneren Ausland« im Nordkaukasus berücksichtigen. Umgekehrt berührt die dortige

prekäre Sicherheitslage die Sicherheitspolitik zumindest der beiden unmittelbaren Nachbarn Georgien und Aserbaidschan. Dabei tut sich ein gewisser Widerspruch auf: Russland möchte einerseits als Ordnungsmacht im Südkaukasus auftreten und seinen Einfluss geltend machen; andererseits besitzt es selbst in seiner eigenen Staatsperipherie im Nordkaukasus offensichtlich nur eingeschränkte Gestaltungsmacht.

In historischer Hinsicht ragt der Kaukasus aus der Geschichte kolonialer Expan-

sion Russlands und deren Reflexion in der russischen Gesellschaft vor anderen Regionen heraus. Seine langwierige, gewaltträchtige und opferreiche Eroberung brachte ihm in der russischen Literatur des 19. Jahrhunderts eine herausragende Rolle ein, die bis heute nachwirkt. In der russischen Kaukasus-Perzeption von Puschkin bis Putin stellt sich diese Region als besondere Herausforderung dar. Was gegenwärtige internationale Politik und zwischenstaatliche Beziehungen betrifft, verfolgen die drei südkaukasischen Nachbarstaaten höchst unterschiedliche Außen- und Sicherheitspolitiken gegenüber Russland.

Wie steht die Bevölkerung im Südkaukasus zum Anspruch Russlands auf eine Führungsrolle im postsowjetischen Raum? Laut Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts Gallup aus dem Jahr 2010 befürworteten zwei Drittel der Armenier diese Ambitionen (wenn auch die intellektuelle Elite des Landes diese durchaus kritisch sieht), während zwei Drittel der Georgier sie ablehnten. Aserbaidschan nahm eine Zwischenposition ein. Etwas über die Hälfte der Befragten stand einem russischen Führungsanspruch positiv gegenüber, knapp 20 Prozent waren dagegen.

### **Russlands wirtschaftliche Stellung in der Region**

Am stärksten ist Armenien wirtschaftlich von Russland abhängig. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn verfügt das Binnenland mit seinen seit dem Karabach-Krieg geschlossenen Grenzen zu Aserbaidschan und zur Türkei weder über eigene Öl- und Gasvorkommen (wie Aserbaidschan), noch profitiert es von der Lage an strategischen Transitrouten für kaspische Energierohstoffe nach Europa (wie Georgien). Zwar sind auch die Verkehrsverbindungen zu Russland eingeschränkt, an das Armenien als einziger südkaukasischer Staat nicht unmittelbar grenzt. Die Transportwege führen über georgisches Territorium, so dass ihre Benutzung von den Beziehungen zwischen Moskau und Tiflis abhängt. Dennoch ist

Russland mit einem Handelsvolumen von knapp einer Milliarde Euro Armeniens zweitwichtigster Handelspartner hinter der Europäischen Union. Mehr als 40 Prozent der Auslandsinvestitionen kommen aus Russland, dessen (Staats-)Unternehmen strategische Wirtschaftssektoren Armeniens kontrollieren. Ein bilaterales Abkommen eröffnete ihnen vor einem Jahrzehnt die Kontrolle über den armenischen Energiesektor – das Gasverteilungssystem, das Atomkraftwerk Metsamor sowie Wärme- und Wasserkraftwerke. Die für die lokale Gasverteilung zuständige Firma ArmRosGazprom ist im Besitz der russischen Gazprom, russische Firmen beherrschen den Eisenbahnbetrieb Armeniens und dominieren Telekommunikationssektor und Bergbau des Landes. Diese Abhängigkeit schränkt den außenpolitischen Spielraum für die Regierung in Eriwan ein, so sehr diese auch eine »komplementäre« Außenpolitik propagiert. Insbesondere über den Gaspreis kann die russische Führung Einfluss nehmen. Dem Bekenntnis zur Zollunion unter Russlands Führung, das Präsident Sersch Sargsian am 3. September 2013 in Moskau abgab, war denn auch eine empfindliche Erhöhung des Gaspreises um 50 Prozent vorausgegangen. Danach wurde der Tarif wieder nach unten korrigiert (von 270 auf 189 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter) – allerdings nur gegen weitere Zugeständnisse seitens der armenischen Regierung, die auch die restlichen 20 Prozent ihrer Anteile an ArmRosGazprom an die russische Seite verlor. Dass das Unternehmen auch die 2009 in Betrieb genommene Pipeline nach Iran kontrolliert, erschwert eine um Diversifizierung bemühte armenische Energiepolitik.

Demgegenüber steht Georgien wirtschaftlich relativ unabhängig von Russland da. Mit einem Handelsvolumen von knapp 600 Millionen US-Dollar rangiert der mächtige und besonders für Georgien problematische Nachbar im Norden als Handelspartner erst an vierter Stelle – nach der Türkei, Aserbaidschan und der Ukraine. Haupthandelspartner ist auch hier die EU.

Die größten ausländischen Investitionen kamen 2012 aus Deutschland, Großbritannien, der Türkei und Aserbaidschan. In der Energieversorgung hat Georgien seine Abhängigkeit von Russland in den letzten Jahren deutlich reduziert. Gut 90 Prozent seines Erdgases bezieht es inzwischen aus Aserbaidschan. Der eingeschränkte Wirtschaftsverkehr ist die Folge der angespannten bilateralen Beziehungen. Bereits im Zusammenhang mit einer »Spionagekrise« 2006 und der Ausweisung einiger russischer Diplomaten aus Georgien verhängte Russland Importverbote für Wein, Mineralwasser und andere Produkte aus dem Land und zwang es damit, seine Handelsbeziehungen zu diversifizieren. Nach dem Vilnius-Gipfel und der Initiierung der Assoziierungs- und Freihandelsabkommen Georgiens und Moldovas mit der EU rechnen Kommentatoren in Tiflis mit verstärktem Druck Russlands auf die beiden Länder. Für diesen Fall bietet Georgien in wirtschaftlicher Hinsicht weniger Angriffsfläche als Moldova, die Ukraine oder Armenien. Die neue Führung allerdings, die aus dem Regierungswechsel nach den Parlamentswahlen im Oktober 2012 hervorging und durch die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2013 bestätigt wurde, bemüht sich, das Verhältnis zu Russland zu entspannen und die bilateralen Handelsbeziehungen zu verbessern. In den ersten zehn Monaten 2013 wuchs das Handelsvolumen zwischen Georgien und Russland im Vergleich zur Vorjahresperiode um gut ein Drittel. Die Produkte, deren Einfuhr Moskau untersagt hatte, erreichen größtenteils wieder den russischen Markt. Auch Aserbaidschan ist aufgrund seiner Öl- und Gasvorkommen und seiner von Russland unabhängigen Pipeline-Routen nach Europa weitestgehend autark und daher eher ein wirtschaftlicher Konkurrent für Russland. Beide Länder liefern Energie nach Europa und wetteifern damit um Marktanteile. Für Aserbaidschan ist Russland drittgrößter Handelspartner hinter der EU und der Türkei. Dabei überwiegt der Wirtschaftsverkehr mit Europa deutlich (2012: 13,6 Milliarden US-Dollar gegenüber 1,9 Milliarden US-

Dollar mit Russland). Mit seinen Ölpipelines zu Häfen in der Türkei und in Georgien sowie einer Gaspipeline in die Türkei verfügt Baku über Exportmöglichkeiten, die nicht der Zustimmung oder dem Zugriff Russlands unterliegen. Während verschiedene westliche Firmen sich an der Erschließung aserbaidschanischer Öl- und Gasfelder beteiligen, ist von russischer Seite nur das Privatunternehmen Lukoil im Energiesektor des Landes aktiv.

### **Der Kaukasus – Schnittstelle zwischen Nord und Süd**

Was die wirtschaftliche Dimension angeht, hat die Schnittstelle zwischen Nord- und Südkaukasus große Bedeutung für das aserbaidschanisch-russische Verhältnis. Die Staatsgrenze durchschneidet hier Siedlungsgebiete von Volksgruppen, die sowohl in Aserbaidschan als auch im zu Russland gehörenden Dagestan leben. Das betrifft die ethnischen Gruppen der Lesgier (180 000 in Aserbaidschan, laut inoffiziellen Schätzungen bis zu 800 000) und der Awaren. Diese Verknüpfungen begünstigen einerseits zwar gewinnbringende Kooperation, verursachen andererseits aber auch Spannungen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Dagestan und Aserbaidschans Norden florieren. Der Warenumsatz über die gut 280 Kilometer lange gemeinsame Grenze macht 70 Prozent des Gesamtumsatzes zwischen den beiden Ländern aus. Zudem sind Baku und Moskau einmütig daran interessiert, islamistische Tendenzen im Nordkaukasus einzudämmen. Allerdings haben sich die Lesgier in den letzten Jahren verstärkt in Interessengruppen zusammengeschlossen, um eigenen politisch-kulturellen Belangen mehr Gehör zu verschaffen. Auf russischer Seite erfahren sie Unterstützung durch einflussreiche Wirtschaftsgrößen aus der Region. Vertreter der Volksgruppe kritisieren eine Diskriminierung von Lesgiern durch die aserbaidschanische Regierung. Während man in Baku von außen geschürte Separationsbewegungen fürchtet, wird in Dagestan

der steigende aserbaidische Einfluss mit Skepsis betrachtet.

Seine Beziehungen zur Nachbarschaft im Nordkaukasus hat besonders Georgien nach 2008 intensiviert. Die meisten Maßnahmen waren indes zweideutig. Zwar schlugen sie Brücken zwischen beiden Teilen des Kaukasus, indem sie den Bewohnern der nordkaukasischen Republiken Russlands bevorzugte Bedingungen für die Einreise nach Georgien einräumten, etwa für ein Studium oder für medizinische Behandlung. Die Maßnahmen waren aber auch darauf angelegt, Russlands Position im Nordkaukasus in Frage zu stellen und einen Keil zwischen Abchasien und Südossetien und ihre ethnische Verwandtschaft im zu Russland gehörenden Teil des Kaukasus zu treiben. Auch die neue Regierung in Tiflis bekennt sich zu engen kulturellen und humanitären Beziehungen zum Nordkaukasus, betont aber, dass diese keinen konfrontativen Zwecken dienen sollen. Der georgische Ombudsmann leitete sogar Untersuchungen ein, in deren Zuge der von Russland erhobene Vorwurf geprüft werden soll, georgische Geheimdienste hätten mit Aufständischen im Nordkaukasus kollaboriert.

### **Migrationspolitische Aspekte**

Ethnische Unterschiede werden auch in anderer Hinsicht politisiert und sorgen für Spannungen mit Russland, wo eine hohe Zahl von Arbeitsmigranten aus dem Südkaukasus lebt. Zunehmende nationalistische und xenophobe Strömungen in Russland sowie Moskaus Androhung migrationspolitischer Restriktionen belasten die Beziehungen.

Insbesondere Armenien ist wirtschaftlich von Geldtransfers seiner Bürger aus Russland abhängig. Laut Daten der Weltbank beliefen sich die Überweisungen von Armeniern aus dem Ausland 2011 auf knapp zwei Milliarden US-Dollar und machten damit über 19 Prozent des armenischen Bruttoinlandsproduktes aus. Der größte Teil dieser Gelder, geschätzte 80 bis 90 Prozent, kommt aus Russland. Visafreiheit,

die weltweit größte armenische Diasporagemeinde, Sprachkenntnisse und niedrige Qualifikationsanforderungen am Arbeitsplatz machen Russland zum Hauptziel armenischer Arbeitsmigranten.

Auch in Aserbaidschan ist Russland das vorrangige Zielland für Arbeitsmigranten. Laut offiziellen russischen Angaben leben dort rund 600 000 Aserbaidschaner, inoffizielle Schätzungen gehen von bis zu zwei Millionen aserbaidischen Migranten aus, die dort ihr Auskommen finden. Auseinandersetzungen um Migranten sowie Fremdenfeindlichkeit in Russland beeinträchtigen auch das russisch-aserbaidschanische Verhältnis. Nach der Ermordung eines Russen, mutmaßlich die Tat eines gebürtigen Aseris, kam es Mitte Oktober 2013 in Moskau zu nationalistischen Ausschreitungen. Interethnische Spannungen und Ressentiments seitens der Mehrheitsgesellschaft entluden sich gegen Menschen »nicht-russischen Aussehens«. Einreisebeschränkungen durch den Kreml, wie sie von einigen russischen Politikern gefordert werden, würden insbesondere in Armenien die ohnehin angespannte soziale und wirtschaftliche Situation weiter verschärfen. In allen drei Ländern des Südkaukasus sorgt man sich aufgrund erstarkender nationalistischer Strömungen in Russland um die dort lebenden Landsleute sowie um das eigene finanzielle Wohl, für das Überweisungen aus der Diaspora eine nicht unwichtige Rolle spielen.

Georgier haben den migrationspolitischen Hebel, den Russland gegenüber seinem »nahen Ausland« einsetzen kann, bereits 2006 zu spüren bekommen. Russische Behörden reagierten in der »Spionagekrise« mit Repressionen gegen georgische Migranten in Moskau und anderen russischen Städten. Laut dem UN Population Fund haben seit der staatlichen Unabhängigkeit mehr als 750 000 Georgier ihr Land verlassen, das heute 4,4 Millionen Einwohner zählt. Im Jahr 2012 wurden 1,3 Milliarden US-Dollar aus der weltweiten Diaspora in die Heimat überwiesen, was 8,4 Prozent des georgischen Bruttoinlandsprodukts

entspricht. Die Summe übertraf sämtliche ausländischen Investitionen (912 Millionen US-Dollar) bei weitem. Mehr als die Hälfte der überwiesenen Beträge stammt aus Russland.

### **Der militärpolitische und sicherheitspolitische Einfluss**

Der Einfluss Russlands auf Armeniens Wirtschaft ist immens. Russlands Bedeutung für das Land wird dennoch in erster Linie mit dem Verweis auf sicherheitspolitische Aspekte und die militärische Kooperation beider Länder untermauert. An prominenter Stelle tat dies zuletzt Präsident Sargsian, als er den Beitritt seines Landes zur Zollunion und künftigen Eurasischen Union mit dem Argument begründete, Armenien sei schließlich auch Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), einer sicherheitspolitischen Regionalorganisation im GUS-Raum, die von Russland dominiert wird. Ein vorrangiges Thema der armenischen Außen- und Sicherheitspolitik ist der ungelöste Konflikt mit Aserbaidschan um Berg-Karabach. Die »strategische Partnerschaft« mit Russland spielt hier eine zentrale Rolle. Armenien ist nicht nur das einzige südkaukasische Mitglied in der OVKS. Abgesehen von den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien ist es in der Region auch das einzige Land, das Russland den Unterhalt einer Militärbasis auf seinem Staatsterritorium erlaubt. Die Nutzung des Stützpunktes in Gyumri mit derzeit bis zu 5000 Soldaten wurde 2010 vertraglich bis 2044 verlängert und das Aufgabengebiet der dort stationierten Truppen wurde erweitert. Die Anlage soll modernisiert und ihr Personal noch aufgestockt werden.

Die Präsenz russischen Militärs und die Kooperation in der OVKS werden in Armenien als Versicherung gegen beziehungsweise für den Fall erneuter militärischer Eskalation im Konflikt um Berg-Karabach gesehen. Man interpretiert die militärpolitische Allianz dahingehend, dass im Fall eines Angriffs aus Aserbaidschan Russland

auf armenischer Seite in den Krieg eintritt. Eine entsprechende Äußerung, die scharfe Kritik aus Baku provozierte, kam nun erstmals auch aus russischen Militärkreisen. Zuvor war nur vage darauf verwiesen worden, dass der Bündnisfall allenfalls bei einem Angriff auf die Republik Armenien vorliege, nicht bei einem solchen auf Berg-Karabach, das auch aus Sicht Russlands und der OVKS-Mitglieder de jure zu Aserbaidschan gehört. Bislang wurde das Bündnis allerdings keinem Test unterzogen. Abgesehen von der Allianzklausel profitiert Armenien aber schon längst von seiner OVKS-Mitgliedschaft und der sicherheitspolitischen Kooperation mit Russland: Russische Waffenlieferungen zu Vorzugspreisen sind ein unverzichtbarer Beitrag zu Armeniens nationaler Sicherheit. Sie ermöglichen es dem finanziell weit schlechter gestellten Land, beim Wettrüsten mit dem ressourcenreichen Aserbaidschan mitzuhalten. Im Zuge der Verhandlungen zwischen Moskau und Eriwan über Armeniens Beitritt zur Zollunion wurde zudem angekündigt, dass der Kaukasusstaat von nun an Waffen zu russischen Inlandspreisen beziehen wird.

Russland stellt neben Frankreich und den USA einen von drei Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe der OSZE, die als Vermittler im Karabach-Konflikt fungiert und die Verhandlungen zwischen den Regierungen Armeniens und Aserbaidschans auf der obersten Führungsebene (Track-1-Ebene) koordiniert. In Präsident Medwedews Amtszeit startete Russland darüber hinaus separate, wenn auch letztlich erfolglose Mediationsinitiativen. Unter den Co-Vorsitzenden nimmt Russland eine Sonderstellung ein. Es ist kein unbeteiligter Dritter, sondern bemüht sich, eine Kräftebalance zwischen den Konfliktparteien aufrechtzuerhalten, zum Beispiel durch Waffenlieferungen an beide Seiten. Die Fortdauer des Status quo in diesem Konflikt sichert Russland Gewicht und Einfluss in der Region. Während der Konsultationen mit einer hochrangigen russischen Delegation, die von seinem Amtskollegen Putin geleitet wurde, bezifferte

Aserbaidshans Präsident Alijew im August 2013 das Ausmaß der Waffengeschäfte mit Russland auf mittlerweile vier Milliarden US-Dollar.

Dennoch wird am Kaspischen Meer der große Nachbar im Norden als Verbündeter Armeniens gesehen und mit Misstrauen beäugt. Die aserbaidshanisch-russischen Beziehungen gelten als distanziert. Ein Zeichen dafür war die Schließung der von Russland genutzten Radarstation im aserbaidshanischen Gabala im Dezember 2012. Russland könnte sich erhoffen, Aserbaidshan durch den Verkauf von Waffensystemen aus eigener Produktion stärker an sich zu binden. Die komplexe Technik erfordert eine qualifizierte Ausbildung, die aserbaidshanisches Militär in Russland erhalten könnte. Allerdings hat Baku mit seiner militärischen Einkaufspolitik deutlich gemacht, dass es nicht einseitig auf Russland angewiesen ist, das hier lediglich zu anderen größeren Waffenlieferanten hinzutrat, darunter vor allem Israel, die Türkei und Südkorea. Die Türkei ist auch jenseits ihrer Rolle als Waffenlieferant von Bedeutung. Mit Aserbaidshan durch ethnische Verwandtschaft sowie wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen eng verbunden, hat sie große Infrastrukturprojekte mit diesem »Bruderland« und Georgien auf den Weg gebracht und dadurch ihre Position im Südkaukasus gestärkt. Dieser Ausbau von Transportverbindungen von Aserbaidshan über Georgien in die Türkei entlang eines von der EU geförderten südlichen Transitzkorridors wird in Russland mit Argwohn betrachtet.

Die einschneidendsten Auswirkungen auf die sicherheitspolitischen Beziehungen Russlands zum Südkaukasus in den letzten zehn Jahren hatte das angespannte russisch-georgische Verhältnis. Die Verschärfung in den bilateralen Beziehungen führte zu dem ersten, wenn auch kurzen Krieg, den Russland mit einem anderen Nachfolgestaat der Sowjetunion ausgetragen hat. War der Karabach-Konflikt ausschlaggebend für Armeniens sicherheitspolitische Anlehnung an Russland, so stand die Auseinanderset-

zung um die abtrünnigen Territorien Abchasien und Südossetien im Zentrum der Beziehungen Georgiens mit Russland, die sich unter Präsident Saakaschwili verschlechterten. Diese Entwicklung spielte sich allerdings vor einem größeren geopolitischen Hintergrund ab, der mit Georgiens strikter Ausrichtung auf euro-atlantische Partner und seinem Begehren nach baldigem Beitritt zur Nato zusammenhing. Für Russland war der Einfluss auf die Sezessionskonflikte der Hebel, mit dem es gegen die von Georgien verfolgte Westbindung anzugehen versuchte. Der Kreml besiegelte seine Maßnahmen nach dem Krieg vom August 2008 mit der diplomatischen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens. Die aus den Parlamentswahlen vom Oktober 2012 hervorgegangene georgische Regierung setzte neue Akzente in der Russlandpolitik und dem damit eng verbundenen Umgang mit Abchasien und Südossetien – weg von konfrontativen, hin zu pragmatischeren Handlungselementen. Der heftigste Rückschlag gegen diesen Entspannungskurs kam Ende Mai 2013. An der administrativen Grenzlinie zwischen Georgien und Südossetien errichteten russische Soldaten Stacheldrahtzäune und rückten die Grenze ins Gebiet Kerngeorgiens vor. Dies warf in Georgien die Frage auf, wie nachhaltig die neue Politik gegenüber Russland sein könne. Ungewiss ist, wie sich die Verbesserung der Beziehungen zu Russland mit einer unveränderten euro-atlantischen Ausrichtung der georgischen Außen- und Sicherheitspolitik vereinbaren lässt.

### **Historische und kulturelle Bindungen**

In der Debatte darüber, ob sich Armenien, Aserbaidshan und Georgien stärker an die EU oder aber an die von Russland dominierte Zollunion annähern sollten, wurden nicht nur wirtschaftliche und politische Aspekte in die Waagschale geworfen. Im Gegensatz zu Zentralasien leben im heutigen Südkaukasus nur sehr wenige ethnische Russen. In keinem der drei Länder beträgt

ihr Bevölkerungsanteil mehr als zwei Prozent. Doch in Russland wie in den betreffenden Ländern selbst wird auch auf kulturelle wie gesellschaftliche Verknüpfungen und gemeinsame geschichtliche Erfahrungen hingewiesen. In dieser Hinsicht ist der russische Einfluss in Armenien am größten. Das fängt bei der Sprache an. Laut Erhebungen des Caucasus Research Resource Center für 2012 gaben 80 Prozent der Befragten an, mittlere bis fortgeschrittene russische, aber keine oder nur geringe englische Sprachkenntnisse zu besitzen. Heute gibt es in Armenien sechs Zweigstellen russischer Universitäten sowie die Russisch-Armenische (Slawische) Staatliche Universität. Zwar reicht das Angebot russischsprachiger Bildung bei weitem nicht an jenes zu Zeiten der Sowjetunion heran. Die aktive De-Russifizierung der 1990er Jahre jedoch gehört der Vergangenheit an. Indizien dafür sind die Eröffnung kostenfreier russischer Sprachschulen, die Existenz mehrerer russischer Verlage sowie ein vielfältiges Angebot russischsprachiger Zeitungen und Zeitungsbeilagen, nebst dem zumeist obligatorischen Schulfach Russisch als Fremdsprache. Auch Präsident Sargsian wies bei seinem Bekenntnis zur Zollunion auf die Kooperation im Bildungsbereich hin; eine Intensivierung dieser Beziehungen ist geplant.

Nähe zu Russland wurde darüber hinaus im Kontext der Debatte um eine Orientierung hin zur EU oder zur möglichen Eurasischen Union demonstriert. In der zweiten Jahreshälfte 2013 waren in Armenien mehrere Aktionen gegen ein Gesetz zur Beseitigung von Gender-Diskriminierung zu beobachten. Die Gegner des Gesetzes prangern die Einführung »liberaler europäischer Werte« an, die dem traditionellen Familienbild entgegenstünden. Ähnlich wie in Russland wurde auch hier gegen Schwule und Lesben mobil gemacht. Solche Themen wurden zu Fragen nationaler Sicherheit und Identitätswahrung stilisiert. Sie dienten dazu, im Zusammenhang mit einer wahrgenommenen »Integrationskonkurrenz« die Wertediskrepanz zu

Europa und die weltanschauliche Nähe zu Russland zu betonen. Nicht nur in Russland, auch in Armenien wurde diese Auseinandersetzung von Kirchenvertretern befeuert. In den nach wie vor stark patriarchalisch geprägten Gesellschaften aller drei südkaukasischen Länder werden traditionelle Werte hochgehalten. Liberale Anschauungen dagegen werden von Teilen der Gesellschaft als »europäischer Import« abgelehnt. Dies gilt für den Südkaukasus ebenso wie für Russland und andere Länder des postsowjetischen Raums.

Kein anderes »nahes Ausland« hat sich so stark von Russland distanziert und eine »urtümliche«, angeblich schon seit grauer Vorzeit vorherrschende Orientierung an Europa hervorgekehrt, wie es Georgien unter Präsident Micheil Saakaschwili getan hat. Es wurde ein Geschichtsbild gepflegt, in dem die Eingliederung des Landes in das Zarenreich (1801) und Georgiens Sowjetisierung (1921) als traumatischste Einschnitte in die jahrtausendealte Landesgeschichte präsentiert werden. Und auch die neue Führung hebt bei aller Entspannungspolitik gegenüber Russland die euro-atlantische Ausrichtung in ihrer Außenpolitik hervor. Die Haltung der Bevölkerung dazu ist allerdings widersprüchlich. Laut Meinungsumfragen unterstützen mehr als 70 Prozent der Georgier die Westausrichtung ihrer politischen Elite. Gleichzeitig aber bekennen sich über 80 Prozent zu ihrer orthodoxen Kirchenführung, die sich ähnlich wie ihre Amtsbrüder in Russland gegen die »Verwestlichung« stemmt.

Auch in ihrer Sprachenpolitik nahmen Präsident Saakaschwili und die von der »Einheitlichen Nationalen Bewegung« gestellte Regierung Abstand von Russland. Man wollte aus Georgien ein englischsprachiges Land machen und warb Englischlehrer aus aller Welt an. Doch die Realität blieb auch hier hinter den geopolitischen Visionen zurück. Zwar verschwand die russische Sprache weitgehend aus dem Straßenbild in Tiflis und anderen georgischen Städten und die Zahl russischsprachiger Schulen ging deutlich zurück. Aber



russische Sprachkenntnisse überwiegen in der georgischen Bevölkerung immer noch die Kenntnisse westlicher Sprachen. In Meinungsumfragen erklärten 70 Prozent der Befragten landesweit und sogar 90 Prozent in der Hauptstadt Tiflis, sie beherrschten die russische Sprache. Englischkenntnisse auf gleichem Niveau bezeugten jedoch nur 19 Prozent der Befragten.

Was Aserbaidschan betrifft, so drückt sich die erwähnte Ambivalenz im russisch-aserbaidschanischen Verhältnis auch im kulturell-historischen Bereich aus. Einerseits existieren verschiedenste russischsprachige Angebote in Bildung, Medien und Kultur. Wenn auch seit 2008 keine rein russischsprachigen Fernsehsender mehr zugelassen sind, gibt es russischsprachige Fernsehsendungen, Zeitungen und eine Fülle von Sprachschulen und Universitätskursen. Zudem beherbergt Aserbaidschans Hauptstadt zwei Prestigeprojekte russisch-aserbaidschanischer Bildungskooperation: die Bakuer Slawische Universität sowie eine Zweigstelle der Moskauer Staatlichen Lomonossov-Universität. Andererseits geht aus Umfragen hervor, dass Russischkenntnisse in Aserbaidschan vor allem außerhalb der urbanen Zentren weit weniger verbreitet sind als beispielsweise in Armenien, aber auch in Georgien. Nur knapp 40 Prozent der Befragten gaben 2012 an, über fortgeschrittene oder durchschnittliche Kenntnisse der russischen Sprache zu verfügen. Auch in Bezug auf die Religion gibt es zwischen Aserbaidschan und Russland weniger Verknüpfungen als bei den christlichen Nachbarn. Aserbaidschans muslimische Prägung und seine säkulare Staatstradition legen die Türkei als Bruderstaat nahe (unter dem Motto »Zwei Staaten, eine Nation«) und eben nicht den nördlichen Nachbarn Russland, ganz zu schweigen vom südlichen Nachbarn: Mit dem Iran ist Aserbaidschan, dessen Bevölkerung mehrheitlich schiitisch ist, zwar konfessionell am engsten verwandt, doch die politischen Beziehungen sind angespannt.

## Ausblick

Armenien, Aserbaidschan und Georgien unterscheiden sich im Hinblick auf die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zu Russland. Während die russisch-georgischen Beziehungen insbesondere in sicherheitspolitischen Belangen konfliktbehaftet sind, ist Russland für Armenien auf diesem Gebiet ein außerordentlich wichtiger Partner. Im Falle Aserbaidschans wiederum gestattet nicht nur Russlands ambivalente Rolle im Konflikt um Berg-Karabach, sondern auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit es dem rohstoffreichen Land, eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber dem großen Nachbarn im Norden zu bewahren. In ihrer Politik gegenüber dem Südkaukasus darf die Europäische Union solche Unterschiede nicht außer Acht lassen. Brüssel sollte die europäischen Ambitionen Georgiens durch Angebote ermuntern und die modifizierte Russlandpolitik der neuen georgischen Regierung entschlossener gegenüber Moskau unterstützen. Im Hinblick auf Armenien dagegen sollte die EU Russlands Rolle als Sicherheitsgarant nicht unterschätzen. Für alle drei südkaukasischen Länder gilt zudem, dass die in der EU vertretenen liberalen Werte zumindest in Teilen der Gesellschaft skeptisch betrachtet werden. In Aserbaidschan besteht auch in der politischen Elite in dieser Hinsicht eine größere Interessenkonvergenz mit Russland als mit der EU, reagieren doch der Kreml wie der Präsidentenpalast in Baku allergisch auf Szenarien eines »arabischen Frühlings« oder von »Farbrevolutionen« im postsowjetischen Raum. Trotz gradueller Unterschiede trifft dies auch auf den armenischen Fall zu. Die Annäherung an die EU wird daher nur so weit gehen, wie sie kein Risiko für die politische Führung birgt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014  
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364